

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Freitag, den 5. November 1880.

Nr. 520.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

4. Sitzung vom 4. November.

Präsident v. Kötter eröffnet die Sitzung um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr mit mehreren geschäftlichen Mittheilungen.

Am Ministertisch: Finanzminister Bitter, Minister des Innern Graf zu Eulenburg und mehrere Kommissarien.

Tagesordnung:

I. Verlesung nachstehender Interpellation des Abg. Münzer: Was gedenkt die königliche Staatsregierung zu thun, um den Ueberschwemmungen des oberen Odergebietes zu steuern und den durch die jüngste Ueberschwemmung in den Kreisen Ratibor und Kosel verursachten Nothstand zu lindern?

Minister des Innern Graf zu Eulenburg erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Abg. Münzer begründet die Interpellation, indem er zunächst die großen Schäden schildert, welche den Landstrichen im Odergebiete durch die diesjährigen großen Ueberschwemmungen zugefügt wurden. Er spricht sein Bedauern darüber aus, daß den Bewohnern jener Kreise amtlicherseits keine Mittheilung gemacht worden, welche große Gefahren denselben bevorstehen. Wäre das rechtzeitig geschehen, so hätte Manches gerettet werden können. So habe sich Jeder mit dem Gedanken getragen, die Gefahr könne nicht so groß sein. Dieser Unterlassung seien die großen Verluste zuzuschreiben, welche sich für die beiden genannten Kreise auf insgesamt 3 Millionen belaufen. Unter solchen Umständen trete die Frage heran, wer hier helfen solle. Die Provinz könne nicht helfen, deshalb müsse der Staat mit seiner Hilfe eintreten. Er richte deshalb an den Herrn Minister die Frage: Was gedenkt die königliche Staatsregierung zu thun, um den Nothstand, der in den Kreisen Ratibor und Kosel hervorgerufen, zu mildern und zu heben? Weiter richtet Redner an den Minister die Anfrage, was die Regierung zu thun gedenke, um für die Zukunft solchen Katastrophen entgegenzutreten. Die Bewohner der oberen Oder würden bedankt, als wären sie nicht preussische Staatsangehörige. (Widerspruch.) Die Pflicht, ihre Steuern zu bezahlen, berechtige sie zu der Forderung, vom Staate auch vollen Schutz für ihre Existenz zu erhalten. Die Regulierung der oberen Oder dürfe nicht im einzelnen Interesse der Schiffahrt erfolgen. Wenn man anderwärts Sümpfe und Wiesen fruchtbar mache und Eisenbahnen baue, deren Zweckmäßigkeit mindestens zweifelhaft sei, werde man doch auch den Bewohnern der oberen Oder helfen können, um Land und Leute vom materiellen Ruin zu retten.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg beantwortet die Interpellation dahin, daß die Regierung Alles gethan habe, um die Nothstände in Oberschlesien zu beseitigen. Der Behauptung gegenüber, daß die Bewohner der oberen Oder gleichsam als Stiefkinder des Staates behandelt würden, erinnere er daran, mit welchen reichen Mitteln die Regierung unter Mitwirkung der Landesvertretung in den letzten Jahren dem Nothstande in Oberschlesien entgegengetreten sei. Die Regulierung der oberen Oder lasse sich nicht so leicht bewerkstelligen, wie der Herr Interpellant zu glauben scheine. Es ständen derselben Schwierigkeiten der mannigfaltigsten Art entgegen. Die Regierung sei mit dieser Frage schon seit Jahren beschäftigt; schon die Mannigfaltigkeit der Meinungen über die Art der Ausführung der Regulierungsarbeiten lasse erkennen, wie schwierig die Lösung dieser Frage sei. Diese Schwierigkeiten hätten die Aufstellung eines Bauplanes bis jetzt verhindert, ein Stillstand in den Verhandlungen selbst sei nicht eingetreten. Mit Oesterreich sei ein Uebereinkommen getroffen in Betreff der Regulierung der Oder auf der Strecke von Hruschau bis Oberberg b/w. bis Olfa. Letztere Strecke würde zuerst in Angriff genommen werden. In diesen Tagen werde eine Kommission zusammentreten, welche die Maßregeln vorher festsetzen solle. Das Ergebnis dieser Arbeiten werde dem Hause alsbald zugehen. Was nun den Nothstand anlangt, so habe er zu bemerken, daß das Wasser mit solcher Schnelligkeit eingetreten, daß nichts zur Rettung geschehen konnte. Nachrichten über das Anwachsen des Wassers seien von zwölf zu zwölf Stunden an die Bewohner gelangt. Die schnelle Ueberschwemmung

habe natürlich große Verluste verursacht. Von Staatswegen sei auch sofort Hilfe geleistet worden. Die jetzt seien allerdings nur 80,000 Mark zur Vertheilung gelangt. Eine weitere Vertheilung habe nicht erfolgen können, weil die Ermittlung der Schäden noch nicht abgeschlossen sei. Erst nach Feststellung des Gesamtschadens lasse sich ein Urtheil gewinnen, wie weit der Staat mit seinen Mitteln eintreten habe. Er glaube gern, daß der Gesamtschaden sich auf 2 bis 3 Millionen Mark belaufen werde; aber für den Staat sei es unmöglich, den Standpunkt zu acceptiren, daß es sich um den vollen Ersatz des Schadens handle. Der Staat könne mit seinen Mitteln nur soweit eintreten, als es sich darum handle, die Betroffenen im Nothstand zu erhalten. Die stattgehabten Ermittlungen hätten bereits herausgestellt, daß verschiedene Anforderungen auf Entschädigung an den Staat erhoben werden dürften, und die Regierung werde Alles thun, um die Noth zu mildern. Sie hoffe aber, daß es zu diesem Zwecke einer extraordinären Hilfe nicht bedürfen würde. Es ist, so schließt der Minister, in den Kreisen Ratibor und Kosel zwar Noth, aber kein Nothstand.

Damit ist der Gegenstand beendet.

II. Erste Beratung des Zukunftsgegesetzes der Verwaltungsbehörden und der Verwaltungsgerichte, sowie der Gesetzentwürfe wegen Aenderung der Kreis- und Provinzialordnung für die fünf älteren Provinzen.

Abg. Dr. Hänel findet, daß die Fassung und Disposition dieser Gesetze keine leichte Handhabung bieten, daß sie der Uebersichtlichkeit entbehren und den Beamten schwer machen, sich hineinzuarbeiten. Die Kommission werde nicht umhin können, eine Revision vieler Bestimmungen der Kreisordnung in's Auge zu fassen. Für die Handhabung der Gesetze werde es zweckmäßig sein, erst das Kompetenzgesetz vorweg festzustellen, damit nicht hernach die praktische Anwendung derselben in's Stoden geräth. Redner kritisiert die Stellung des Amtsvorstehers, die doch ein Ehrenamt sein solle. Diese Ehrenstellung werde jetzt untergraben; man degradiere jetzt den Amtsvorsteher zu einem polizeilichen Distriktsbeamten. Es werde die Tendenz verfolgt, jedes bürgerliche Selbstverwaltungsgesetz wieder Schritt für Schritt zu beseitigen, während man doch gerade auf diesem von der Kreis- und Provinzialordnung vorausgesetzten Wege bürgerlicher Verwaltung weiter gehen sollte. Die ganze Konstruktion unserer jetzigen Polizeiverwaltung sei darauf berechnet worden, nach und nach einer kommunalen Verwaltung Platz zu machen. Statt dessen gelange man aber jetzt lediglich zu einer unsachgemäßen und schablonenhaften Uebersetzung anderwärts bestehenden Einrichtungen auf andere Provinzen, die sich nicht stereotyp anderwärts einführen ließen. Hierin könne man sehr bald wieder an dem Punkt an, wo man alles Kommunale als demokratisch und nur das Konservative als gut hinzustellen sich bemühe.

Abg. v. Heydebrand und der Lasa erklärt im Namen der konservativen Partei, daß sie bereit sei, die Verwaltungsorganisationsgesetze, wenn irgend möglich, zu Stande zu bringen. Die heute zur Debatte stehenden Gesetzentwürfe erachte er als durchaus notwendig. Sie bezweckten nichts Neues, sondern nur das Alte zu verbessern und zu ergänzen. Die Nothwendigkeit der Vorlagen sucht Redner besonders an der Novelle zur Kreisordnung nachzuweisen. Dem Abg. Hänel könne er nicht zugeben, daß die Gemeindevorstellung, wenigstens was die östlichen Provinzen betrifft, die unbedingte Voraussetzung für die Fortentwicklung der Kreisordnung sei. Die Kreisordnungs-Novelle halte materiell an den Prinzipien des alten Gesetzes fest. Es sei indeß fraglich, ob auch weitere Abänderungen, als die Vorlage enthalte, angezeigt seien. Die konservativen Partei werde in dieser Beziehung dem Hause Vorschläge unterbreiten. Eine Frage bedürfe wenigstens schon jetzt der Regelung sehr dringend. Das sei die Landratsfrage. Im Interesse des Landes könne der provisorische Zustand in dieser Beziehung nicht fortauern. Redner beantragte die Ueberweisung der Vorlagen an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. v. Meyer (Arnswalde) hat sich zwar gegen die Gesetzentwürfe ausgesprochen, spricht aber im Ganzen für dieselben. Die Kreisordnung sei zwar aus liberalen Anschauungen hervorgegangen, aber es gehe ihr, wie so manchen anderen li-

beralen Gesetzen — sie gehen nach und nach in eine konervative Form über. Der Landrath sei eine Art beaufsichtigende Instanz für den Amtsvorsteher und andere Behörden, z. B. auch für die Standesbeamten. Borgefahre für die Polizeiverwaltung sei der Landrath auch früher gewesen; es könne daraus also kein Bedenken, auch nicht für die neuen Provinzen, hergeleitet werden. Was die Novelle zur Kreisordnung anlangt, so werde man derselben große Aufmerksamkeit zuwenden müssen, denn eine Gelegenheit zur Revision der Kreisordnung werde sich sobald nicht wieder finden; dieselbe würde später auch mit größeren Schwierigkeiten verknüpft sein. Mit den Vorschlägen betriebe der Kreise und der Landräthe könne er sich ganz gut befassen, nur müsse der Vorsteher des Kreisaußschusses etwas mehr an den Landrath heranrücken; der Landrath könne doch nicht durch den Bürgermeister vertreten werden. Es gehe das nicht, so lange sich die Städte selbst gegen das Aufsichtrecht des Staates sträuben. Auch die Stellung der Geistlichen und Lehrer zu dem Amtsvorsteher sei nicht genügend hervorgehoben. Es seien diese doch gewissermaßen Beamte. Die Amtsvorsteherliste dürfe nicht vom Kreistage, sondern vom Kreisaußschusse aufgestellt werden. Die Stellvertretung des Landraths aber müsse dem nächsten Landrath übertragen werden. Redner bezeichnet die Stellung des Landraths in den Kreistagen als eine unanständige; so gut man dem Landrath im Kreisaußschusse ein Stimmrecht eingeräumt habe, ebenso gut könne man ihm ein solches Recht im Kreistage geben. Die Selbstverwaltung wird dadurch nicht erschüttert, sondern könne nur gestärkt werden. Der Redner schließt sich dem Antrage auf Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern an.

Abg. Behr v. Zedlitz-Neukirch (Berlin) erkennt das Bedürfnis für eine Landgemeinde- und Städteordnung an, aber es könne an dieselbe erst nach Abschluß der oberen Instanzen herangetreten werden.

Abg. Dirichlet befindet sich in der Lage, aus seiner Kenntnis der praktischen Verwaltung der Selbstverwaltungsgesetze den Abg. v. Meyer Punkt für Punkt widerlegen zu können. Doch will er darauf verzichten. Die Herren der Rechten hätten die Gewohnheit an sich, glauben zu machen, sie befänden sich im Besitze eines Monopols, sobald es sich um die Verwaltungsfragen handelt. Im Uebrigen schloß er sich den Ausführungen des Abg. Hänel überall an, auch denjenigen in Bezug auf die Amtsvorsteher. Er betrachte es als einen Vorzug der Selbstverwaltung, daß auf kommunalem bezw. also auch auf staatlichem Gebiete, soweit die Thätigkeit der allgemeinen Landesverwaltung den kommunalen Organen übertragen ist, sich ein Boden gefunden habe, auf welchem sich die verschiedensten Parteien vereinigen können. Er seinerseits könne sich weiteren Abänderungsvorschlägen aber nur anschließen, wenn durch dieselben die Kompetenz der Selbstverwaltungsgesetze mindestens nicht weiter eingeschränkt werde. Was das Aufsichtrecht anlangt, so könne er sich mit der Uebersetzung derselben auf den Landrath so lange nicht einverstanden erklären, so lange nicht der Beweis geliefert worden, daß das von dem Kreisaußschusse geübte Aufsichtrecht zu Unzulänglichkeiten Veranlassung gegeben habe. Für ihn liege kein Grund für die Uebersetzung des Aufsichtrechts auf den Landrath vor.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg spricht seine Freude über das von allen Seiten in dieser Frage gezeigte Entgegenkommen aus und knüpft daran die Hoffnung, daß es gelingen werde, die Verwaltungs-Organisation in dieser Session zum Abschluß zu bringen. Das wesentlichste Bedenken gegen das Kompetenzgesetz sei in Bezug auf das Aufsichtrecht erhoben worden. Er seinerseits könne ein Bedenken gegen die Aufsicht nicht erkennen. Die Aufsicht müsse der Natur der Sache nach einzelnen Beamten unterliegen; die persönliche Einwirkung, die unmittelbare Einwirkung eines einzelnen Beamten sei der Aufsicht durch die Beschlüßgebungsbehörden durchaus vorzuziehen. Es bedürfe sich um weiter nichts, als um die Herstellung der Gleichmäßigkeit in der Organisation und um den Wunsch, den praktischen Verhältnissen nach Möglichkeit zu entsprechen. Die Mitwirkung der Beschlüßgebungsbehörden solle in wichtigen Dingen nicht eingeschränkt werden. Was die Bestimmungen der

Kreisordnung anlangt, so bittet der Minister, die Verbesserungen nicht zu weit zu treiben; die Kreisordnung sei ein wohlüberlegtes zusammengefügtes, feststehendes Gebäude. Man könne wohl hier und da Ausbesserungen vornehmen, aber man dürfe nicht an den Grundlagen rütteln, sonst komme man in die Gefahr, das Gebäude ins Schwanken zu bringen. Bezüglich des von dem Abg. v. Heydebrand ausgesprochenen Wunsches wegen Regelung der Stellung des Landraths, so habe die Regierung ihrerseits kein Bedenken dagegen, diese Frage schon jetzt einer Regelung zu unterziehen. Seine Absicht sei es gewesen, an diese Frage erst in der nächsten Session heranzutreten gelegentlich der Uebersetzung der Kreisordnung auf die noch übrigen Provinzen. Wünsche man eine Regelung dieser Frage schon jetzt, so werde seitens der Regierung ein prinzipieller Widerspruch dagegen nicht erfolgen.

Abg. v. Liebermann wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Hänel, während Abg. v. Hüne den Standpunkt des Centrums kurz darlegt, den dasselbe in dieser Frage einzunehmen gedenkt.

Die Diskussion wird geschlossen. Dann wird die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr.
Tagesordnung: Erste Beratung der Kreisordnungsgeentwürfe für die Provinzen Posen, Danziger und Schleswig-Holstein.
Schluß 2 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Ausland.

Wien, 2. November. Die Nachricht von der Ermordung eines türkischen Abgeordneten, welcher in Dulcigno die Albanesen zur friedlichen Abtretung bereiten sollte, hat sich bis jetzt noch nicht bestätigt. Auch von einer dem Fürsten von Montenegro zugesprochenen Absicht, jetzt angesichts der Verschleppung der Streitfrage sein Fürstenthum zu verlassen und den Winter über in Italien zu bleiben, ist in hiesigen gutunterrichteten politischen Kreisen nichts Sicheres bekannt; ebenso steht es mit den durch englische Blätter verbreiteten Meldungen über ein Gesetzt zwischen Riza Pascha und den Dulcignoten an der Georgebrücke. Laut eines dem hiesigen auswärtigen Amte zugegangenen Telegramms verhielt sich die Sache folgendermaßen: Riza marschirte am 31. Oktober mit sieben Bataillonen regulärer Truppen von Scutari nach Dulcigno und ließ an der Georgebrücke auf einige hundert Albanesen, welche ihm erklärten, daß sie seinem Vormarsch bewaffneten Widerstand entgegensetzen würden. Ohne sich auf Weiteres einzulassen, geschweige denn anzugreifen, machte Riza kehrt und ging nach Braskat zurück, der verschwindenden Mindezahl der Albanesen Dulcigno überlassend. Ist dieses Telegramm der österreichischen Regierung begündet, so scheint allerdings Riza arge Komödie gespielt und seine Rolle von seinem Vorgänger Musthar Pascha, der seiner Zeit Gushie und Blava übergeben sollte, trefflich gelernt zu haben. Zweifelslos wäre die Fortsetzung bei einem solchen Doppelspiel sehr zu tadeln und könnte leicht ihrerseits eine oder einige europäische Mächte zu ernstlichen Schritten veranlassen. In der That wird sowohl in London wie in Petersburg ein solcher Gedanke bereits in Erwägung gezogen. Inzwischen hat die in der Adria herrschende Bora den neuernannten General-Gouverneur von Albanien, Dermisch Pascha, welcher an Riza Paschas Stelle treten soll, geblendet, rechtzeitig in Scutari einzutreffen. Das Schiff, das ihn und die mitgebrachten regulären Truppen trug, mußte im Hafen von Korfu Schutz suchen, und hat, wie hier versichert wird, bis heute Vormittag seine Fahrt noch nicht fortsetzen können.

Paris, 2. November. Da der heilige Vater noch nicht die letzten Strahlen der Friedenshoffnungen, so schwach sie auch sein mögen, auslöschen will, so hat er vorläufig weder eine Konfiskationsanfrage, noch eine Encyclica gegen die Austreibung der Orden in Frankreich verfaßt, sondern sich mit einem Schreiben an den Cardinal-Erzbischof von Paris, Mgr. Guibert, begnügt. So belehrt uns heute der „Monde“, welcher den lateinischen Text dieses Briefes mittheilt. Der „Monde“ hebt nachdrücklich die ungeheure Wichtigkeit dieses Schriftstückes hervor: jedes andere Land hätte der Papst „ob solcher Schandthaten“ verdammt, aber mit

Frankreich, der ältesten Tochter der Kirche, mit jenem Frankreich, das er seiner väterlichen Fürsorge für würdig hält, hat er Nachsicht. Im Ganzen ist der Brief ein schwaches Schriftstück; und was seine Tragweite betrifft, so hat dieselbe durch die Vorgänge in Belgien bedenklich abgenommen. Auf den Gang der Ausbreitung wird der Brief auch nicht den mindesten Einfluss haben.

Der „Monde“, das Amtsblatt der Municipalität, veröffentlicht heute das von ihm früher angekündigte Schreiben Leo XIII. an den Kardinal-Erzbischof von Paris. Des Papstes Eintreten für die Mönche, die das Geseß und das Konfession offen verlegen, giebt denen, welche die sofortige Unterdrückung des Kultusbudgets verlangen, neue Waffen in die Hand. Gambetta verteidigt bis jetzt die Aufrechterhaltung des Konfessions, aber er wird wohl bald den Clemenceau und Madier de Montlau nachgeben müssen, die der eine im Salon, der andere in Romans erklärten, daß die Ausführung der Märzdekrete nicht genüge, sondern daß man das Konfession abschaffen und der katholischen Kirche die 300 Millionen, die sie jährlich direkt oder indirekt vom Staate beziehe, entziehen müsse, um sie unschädlich zu machen. Freilich ist der Senat in seiner Mehrheit kirchlich, so daß solche Vorschläge verläßlich nicht durchgehen können.

Die Kirchhöfe waren heute gefüllter als gestern, es kam aber nirgend zu Ruhestörungen. Besonders stark besucht war der Père Lachaise, wo man hauptsächlich die Gräber von Thiers, Ledru Rollin und der am 18. März 1871 Ermordeten Generale Lecointe und Clement Thomas aufsuchte. Auf dem Plage des Père Lachaise, wo die Kommunalen ruhen, welche an den „blutigen Märschen“ von 1871 fielen, wurden viele Blumenkränze niedergelegt. Auf dem Kirchhof Montmartre wurde um 2 Uhr der Divisionsgeneral Recour beigesetzt. Eine ziemlich beträchtliche Truppen-Abtheilung nebst vier Kanonen gab ihm das letzte Geleit. Die Menge blieb ziemlich gleichgültig. Bis zu seinem Grabe geleiteten ihn nur die Generale und einige Stabsoffiziere. Die übrigen Truppen blieben vor dem Kirchhof und gaben nicht die üblichen Salven ab. Auch auf dem Kirchhof Montparnasse war die Menge ebenfalls groß, aber äußerst friedlich.

Paris, 4. November. Die Exekution der Märzdekrete dauert in der Provinz fort. Es giebt dabei fortgesetzt viel Skandal und wenig Aktion. In Lyon wurde ein junger Mann getödtet, das Ernstlichste befürchtet man in Lille. Es ist kaum daran zu zweifeln, daß die Exekution der Dekrete morgen in Paris beginnt. — Heute Nachmittag hatte Gadi eine längere Audienz bei Barthélemy St. Hilaire. — Die Sitzung des Konflikttribunals wurde heute früh durch den Vorsitzenden Cajot eröffnet. Die anwesenden Advokaten protestirten in heftigen Reden dagegen, daß Cajot präsident, nach dem Geseß habe der Justizminister den Vorsitz zu führen. Die Sitzung wurde um elf Uhr suspendirt. Es ist fast unmöglich, daß das Tribunal heute noch ein Urtheil fällt. — Da der betreffende Kapitalist seine Kaution für die von Byat redigirte „Komune“ zurückzieht, hört das Blatt zu erscheinen auf. Das Redaktionspersonal tritt zur „Marxellasse“ über. (W. I.)

Provinzielles.

Stettin, 5. November. Am Dienstag Morgen ist am Strande zu Jünger eine Flasche gefunden worden, in welcher ein aus einem Taschenuhr herausgerissener Zettel enthalten war, auf welchem die Worte „Marx Kohn in Breslau bei Stettin Schiffbruch Hofage“ standen.

Vor einigen Tagen kam vor dem Schöffengericht zu Böh eine Anklage gegen einen Schächer aus Rossendorf zur Verhandlung, die einen eigenthümlichen Ursprung hatte. Der „Straß. Ztg.“ wird darüber geschrieben: Bei Gelegenheit der Schachwache im letzten Frühjahr standen der Angeklagte und ein sehr gut staturirter Bekannter von ihm an dem zur Wache eingerichteten bedeutenden Zeisch auf der Rossendorfer Feldmark zusammen, sich über die Größe und Tiefe des Zeisch unterhaltend. Im Laufe der Unterhaltung that der Letztere zu dem Schächer die Aeußerung: „Wenn Du hier durchgehst, gebe ich Dir einhundert Thaler.“ Der Schächer befiel sich nicht lange, entließ sich und schwamm in Anwesenheit der Wächterinnen durch den Zeisch. Als nun der Schächer die versprochenen einhundert Thaler forderte, weigerte sich der Andere, sie zu geben. Es kam zum Prozesse deshalb, der durch einen Vergleich zu Ende gebracht wurde. Der Schächer hatte sich mit einer geringeren Summe zufrieden gegeben. Darauf wurde nun derselbe aber h dem zuständigen Amtsrichter wegen Verletzung der Schachwache verurtheilt und erhielt von diesem ein Strafmandat in Höhe von 15 M. Auf dem Widerspruch gegen dieses Strafmandat fand nun die Verhandlung gegen den Schächer vor dem Folger Schöffengerichte statt. Die als Zeugen zahlreich erschienenen Wächterinnen bekundeten, daß sie in zu großer Entfernung von dem Thätorie sich befunden und an dem ganzen Vorgange kein Aergerniß genommen hätten. In Folge dieses Zeugnisses wurde der Schächer freigesprochen.

Die große Eisenbahnbrücke bei Carnitz, zwischen Duderow und Uesdom gelegen, ist unsicher geworden. Der Drehscheitel der Brücke soll bei dem letzten Sturm unterwaschen sein und sich um 5 Centimeter geneigt haben. Durch Taucher soll eine genaue Untersuchung vorgenommen werden, um Art und Umfang des Schadens festzustellen. Reisende müssen zu Fuß die Brücke passieren.

In voriger Woche wurde, wie wir mitgetheilt, in dem Hause Kirchplatz Nr. 4 von einem Menschen, der dort haufte, ein Diebstahl an Wäsche

ausgeführt; der Dieb entließ jedoch, als er erkappt wurde, unter Zurücklassung des geklopften Gütes. Weiter wurde derselbe in der Person eines bereits vielfach best-asteten Arbeiters E. Th. Friedr. Kie-m er ermittelt und zur Haft gebracht.

— Gestern Abend gegen 12 Uhr verursachte der Arbeiter Wilh. Lemde aus Gradow auf der Barnitzstraße einen verärgerten Lärm, daß sich der Revolverwächter genöthigt sah, zu seiner Verhaftung zu schreiten. Lemde folgte dem Wächter ruhig, dagegen vertrat plötzlich der Handelsmann Ludwig Bublitz dem Wächter den Weg und indem er sich darauf berief, daß er die Gasse auch kenne, daß er früher Straßenreinerer gewesen sei, verlangte er die Freilassung des Lemde, indem er dabei den Wächter bedrohte. Erst mit Hilfe eines hinzugeholten zweiten Wächters gelang es, beide Erzedenten zur Ruhe zu bringen.

— Gestern Abend gegen 11 Uhr besähtigten sich auf der Laßadie mehrere Leute mit einem Menschen, der anscheinend betrunken vor dem Hause Nr. 19 lag. Der Wächter frug denselben nach Wohnung und Namen und erhielt die Antwort, daß der Unbekannte Krüger heiße und auf der Walsstraße wohne. Als er nach der bezeichneten Wohnung geschickt wurde, konnte ihn jedoch Niemand, weshalb sich der Wächter genöthigt sah, ihn nach der Wache schafften zu lassen, von wo er, da er sich nicht legitimiren konnte, nach der Kustodie gebracht werden sollte. Auf dem Transport nach dort verstarb jedoch der Unbekannte.

— Vorgehen spielte sich in Leipzig vor dem dortigen Gericht ein in Schaupielerskreisen vorher viel besprochener Prozeß ab. Angeklagt war der bekannte Komiker Herr Georg Paradies wegen gewerbmäßigen Hatzardspiels. Von dieser Anklage wurde er freigesprochen, da durch die Zeugnisse verschiedener vernommener Personen, die als Entlassungszeugen auftraten, J. B. des Direktors des Königl. Opernhauses in Berlin, Herrn v. Strang, befunden wurde, daß Herr Paradies das Hatzardspiel nicht gewerbmäßig betrieben habe. Dagegen wurde der Genannte im Sinne des § 360 des Strafgesetzbuches wegen Hatzardspiels in dem Lokale von Kutschmidt zu fünfhundert Mark Geldstrafe verurtheilt.

Der „Landwirthschaftliche Verein“ zu Massow hält am Donnerstag, den 11. November, eine Versammlung, zu der folgende Thesen auf die Tagesordnung gesetzt sind: Berichte über angestellte Kultur-Versuche und An-meldung neuer Versuche. — Welche Art der Se-rabellakultur hat sich in diesem Jahre bewährt? — In welcher Weise ist unter Berücksichtigung der derzeitigen Verhältnisse der Futterstoffe die Fütterung der verschiedenen Viehharten im bevorstehenden Winter am zweckmäßigsten einzurichten? — Wie sind unsere Moore am besten nutzbar zu machen? — Ist es thunlich, nach Eintritt des ge-seßlichen Verbots der Schuppendampfung der Läm-mer der durch die Bodenreue herbeigeführten Schädigung der Schäferereien durch einen Versicherungs-Verband entgegenzutreten? — Welche Erfahrungen sind bei fortgesetztem Gebrauch von Rambouillet-Vöden in unseren Wollschäferereien gemacht?

(Stadttheater.) Die Anziehungskraft des Moser-Schönthaus'schen Lustspiels „Krieg im Frieden“ bleibt ungeschwächt und hatte auch gestern zur 16. Aufführung wieder ein gut besetztes Haus zur Folge. Wir haben das Stück seit seiner Premiere nicht gesehen und waren daher geradezu überrascht über das glatte, einheitliche Ensemble. Auch nicht eine Person wirkt überflüssig! Seit der ersten Aufführung hat die Besetzung einiger Rollen eine Aenderung erfahren müssen, für H. L. Lange ist H. F. F. F. eingetreten und für H. L. Lange hat eine hiesige Kunstnovelle, H. L. Kohnen, die Rolle der Elia übernommen. Fräul. Kohnen, eine Schülerin der Frau Frenzel, absolvirte darin gestern ihr erstes Debüt am Stadttheater und lönte wie der jungen talentvollen Dame unser Kompliment nicht versagen. Sie trat leb und anglos auf, sprach ruhig und deutlich und wußte auch die Unbeholfenheiten einer Anfängerin vorzüglich zu verdecken. Ihre liebliche Erscheinung und ihr weiches, sympathisches Organ sind Vorzüge, die der jungen Dame bei Liebe, Lust und Fleiß zu ihrem Beruf eine gute Perspektive eröffnen. Schon ihrer geistigen Partie kamen dieselben sehr zu Statte und erhielten die Szenen zwischen ihr und dem Apotheker plötzlich eine ganz andere Bedeutung als man denselben unter H. L. Kohnen, die für diese Rolle zu wenig Kind sein konnte, beimaß. Wenn wir an H. L. Kohnen etwas moniren wollen, so möchten wir sie bitten, ihr Organ weniger auf den hohen Rothurn zu stellen, wie es ja in der Tragödie angebracht ist. Die natürliche Stimme wirkt in dem Salon- und Lustspiel, zumal in jugendlich-sentimentalen und naiven Rollen, viel mächtiger. Alles in Allem ist der geistige theatralische Versuch des H. L. Kohnen glänzend gelungen und möchten wir wünschen, daß ihr unter der künstlerischen Anleitung ihres Direktors und ihrer Kollegen wie Kolleginnen eine recht ersprießliche Thätigkeit an unserem Stadttheater erwachsen möge.

Wittow, 30. Oktober. Bei dem gestern Abend herrschenden Nordoststurm strandete unweit Kreptitz das Brad eines Gasse-Schooners, zu dessen Hülfe die wenigen dort mit dem Rettungsge- weissen vertrauten Fischer erst auf telegraphischem Wege herbeigerufen werden mußten. Sie waren damit beschäftigt, die Ladung des beim Post-hause gestrandeten Schooners in Sicherheit zu bringen.

Ein Brezger Schooner suchte Schutz unter dem vorspringenden Vorgebirge Arcana, trieb aber trotz der ausgeworfenen Anker fort; erst dicht vor der unheilvollen Küste Jasmunds, Abends 10 Uhr, wurde er durch den Widerstand, den jetzt die Anker

dem Sturm boten, vor einer Strandung bewahrt. Eine lange Nacht, während welcher sie den das Schiff überlaufenden Sturzseen ausgesetzt war, mußte die Besatzung durchleben.

Am Morgen wurde das Schiff vom Lande aus wahrgenommen und die vom Top wehenden Segelstangen als Nothsignal angesehen. In Folge dessen wurden von Seiten der Bitter und Brezger Fischer sofort Rettungsmaßregeln getroffen, es wurden mehrere Boote abgesandt, die aber die erfreuliche Nachricht bringen konnten, daß das Schiff außer an Segeln keinen erheblichen Schaden gelitten habe.

Unter Anken wurden heute 4 Leichen von Seelen, heiligsenswerthe Opfer des Sturmes vom 21., ans Land geschwemmt. (Straß. Ztg.)

3. Bülow, 4. November. Auf dem zuletzt abgehaltenen Kreistage wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Die Wahlverhandlungen der Ersahwahlen von Kreistagsabgeordneten für die Stadt Bülow und für den ersten ländlichen Wahlkreis wurden be- stätigt; sonach ist an Stelle des verstorbenen Sati- lermeyers Martens der Gerbereibesitzer Pommerant für die Stadt Bülow und an Stelle des verstor- benen Schulzenhofsbesizers Böhm zu Vorständen der Gutsbesitzer Weiland zu Morgenstern für den 1. ländlichen Wahlkreis gewählt;

2. wurden Herrn Zschlin als Vertreter des erkrankten Mandanten der Kreispar- und Kreis- kommunalkasse Herrn Köpper 2/3 der Stellvertre- tungskosten aus den diesjährigen Ueberschüssen der Kreis-Sparkasse als Remuneration bewilligt;

3. erklärte sich der Kreistag zur unentgelt- lichen Herabgabe des Grund und Bodens zu einer Eisenbahn von Jollbrück nach Bülow, soweit diese Bahn den Bülowen Kreis berührt, bereit. Die da- durch dem Kreise erwachsende Kostenrechnung von 42,550 M. ist schon kürzlich spezifizirt worden. Welche Lösung zu Eisenbahnprojekt in der gestern abgehaltenen zweiten Sitzung des Abgeordnetenhauses erfahren, wird sich bald zeigen.

Das rauhe Wetter am Montag Abend be- suchte 4 Arbeiter aus Mangwitz, um sich aus dem Hygendorfer Walde Holz zu besorgen und fuhren zu diesem Zwecke über den Mangwitzer See mit einem Kahn. Bei der Rückfahrt war aber der Kahn zu stark belastet worden, so daß die Wellen über Bord schlugen und den Kahn zum Sinken brachten. Die beiden in dem Kahn befindlichen, des Schwimmens unkundigen Arbeiter Brad und Schulz, letzterer Vater von 6 Kindern, fanden da- durch ihren Tod in den Wellen. Die Leichen sind gestern aufgefunden worden. — Gestern Nacht um 12 Uhr wurde der mit Sternen bedeckte Himmel durch eine Lichterscheinung, welche ca. 10 Sekunden anhielt, erleuchtet. Von einem im Zenithpunkte stehenden Stern ergoß sich das Licht mit Blitz- schnelle über das ganze Firmament und verschwand ebenso, sich wieder in dem Stern konzentrirend, sammt diesem; hierdurch bot die in Schnee gehüllte Land- einen prachtvollen Anblick. — In dem Referate in der am 5. Oktober erschienenen Nummer d. Bl. ist der Tischlermeister Thomas als Vorstandsmitglied des hiesigen patriotischen Kriegervereins aufzuführen ver- geßten worden, was wir hiermit gerne berichtigen.

Vermischtes.

— Im Laufe dieser Woche, so erzählt das „D. Nigob“, wurde der älteste Sohn einer er- lauchten Familie nach Potsdam versetzt. Er war bei seiner Mutter im Zimmer, wo auch der Vater jugend war, als der Leibarzt ersah, um von dem lebenswichtigen jungen Herrn sich zu verabschieden.

— „Wenn ich aber krank werde, müssen Sie zu mir kommen!“ sagte in seiner verbindlichen Weise der Scheidende. — „Euer ic. haben nur zu be- scheiden, mit welchem Zuge ich kommen soll“, erwiderte der Arzt. — „Ich denke, Dolmetscher müssen immer mit dem Kurierzuge reisen.“ — „Grip“, rief der Vater lachend, „das war der beste Witz, den Du je gemacht hast.“

(Feuerbestattung.) Wiederum ist in Göttha, wie unterm 31. Oktober geschrieben wird, eine Feuerbestattung — es war die 33ste — vorge- nommen worden (die erste fand im Dezember 1878 statt). Man verbrannte die sterblichen Reste des Kammerleutnants a. D. R. Geib. Von den 33 Per- sonen gehörten 26 dem männlichen, 7 dem weib- lichen Geschlechte an.

Literarisches.

Allgemeine Deutsche Wechselordnung. Text- Ausgabe mit Anmerkungen von Dr. S. Borchardt, Minister-Resident, Geheimen Justizrath, Ritter ic. Vierte vermehrte Auflage, und das „Deutsche Reichs- gesetz über die Wechselstempelsteuer“, herausgegeben von Hoyer. Taschen-Format; kartonnirt in einem Bändchen. 1 Mark 50 Pf. Verlag von Guttentag in Berlin.

Die in diesem Bändchen vereinigten beiden Gesetze sind von der größten Wichtigkeit und un- entbehrlich für jeden Geschäftsmann und Juristen: die vierte Auflage der ebenso bekannten als geschätz- ten Wechselordnung von Borchardt zeichnet sich vor anderen Ausgaben aus durch die klare und über- sichtlich Gruppirung der dem Gesetze beige- gebenen Erläuterungen und Rechtsätze. Die Ent- scheidungen und Erkenntnisse des Reichs Obergerichts sind bis in die neueste Zeit berück- sichtigt. Von großem Werthe sind die sorgfältig mit- getheilten Abweichungen der verschiedenen ausländi- schen Wechselrechte.

Die Vorschriften der Reichsgesetze über die Anmeldeungen zum Handels-, Gewerkschafts-, Zeichen- und Muster-Register von Dr. M. Bunk. Taschen-Format; kart. 40 Pf.

Eine systematische, äußerst praktische Zusam-

menstellung aller einschlägigen Vorschriften des Han- delsgesetzbuches und der betreffenden Reichsgesetze welche Verbreitung verdient.

Von Koenig's Courbuch (Verlag von A. Koenig, Guben), das sich schon seit Jahren durch seine zuverlässigen Angaben, übersichtliche Zusammen- stellung, bequemes Format und billigen Preis (30 Pf.) beim reisenden Publikum eingebürgert hat, ist soeben die Ausgabe mit den Winterfahrplänen er- schienen.

Koenig's Auskunftsbuch für 1881 (Preis 50 Pf.) bringt außer einem Nothkalender ein Ver- zeichniß sämtlicher Städte des deutschen Reichs mit Angabe der Einwohnerzahl, der Amts-, Land- und Oberlandesgerichte, der Wochenmarkts- tage und der Jahrmärkte, ferner Auszüge aus dem Eisenbahnbetriebsreglement, der Reichspost- und Te- legraphenordnung. [221]

Telegraphische Depeschen.

Breslau, 4. November. Bei der heute für den Wahlbezirk Breslau-Neumarkt stattgehabten Er- sähwahl zum Abgeordnetenhause ist Landrath Graf Harraß (kons.) mit 229 Stimmen gewählt wor- den. Der Kandidat der Liberalen, Geh. Regie- rungsrath Settegast, erhielt 97 Stimmen.

München, 4. November. Der bisherige Le- gationsrath bei der Gesandtschaft in Wien, Graf Szabo Erchenfeld-Rösering, ist unter Beförderung zum Geheimen Legationsrath nunmehr zum könig- lich bayerischen Gesandten und bevollmächtigten Mi- nister am königlich preussischen Hofe ernannt wor- den. Gleichzeitig ist die Ernennung des bisherigen Gesandten in Berlin, von Rudhart, zum Gesandten am russischen Hofe und die Ernennung des bishe- rigen bayerischen Geschäftsträgers in Petersburg, Freiherrn von Lautphäus, zum Gesandten am ita- lienischen Hofe erfolgt.

Wien, 4. November. In der Reichsraths-De- legation gelangte heute das Budget des Ministe- riums des Auswärtigen zur Verathung. Freiherr von Hüner führte aus, daß eine Kriegesgefahr künf- tig nur von Frankreich her drohe, und plaidirte für die sofortige Veratzung der orientalischen Frage und für den Anschluß an Deutschland und Rußland. Der Abg. Dezel trat den Ausführungen Hüner's entgegen, pechorreszte insbesondere den Anschluß an Rußland und wünschte, daß die Ziele der öper- reichs-ungarischen Politik der Delegation bekannt gegeben würden. Der Abg. Stiz leitete die Auf- merksamkeit der Regierung auf die Donaufrage und die mit derselben in Zusammenhang stehenden volks- wirtschaftlichen Interessen. Auch der Abg. Gro- scholtz sprach sich entschieden gegen einen Anschluß an Rußland aus. Nach den Ausführungen des Referenten, Abg. Plener, und nachdem der Minister des Auswärtigen die im Laufe der Debatte an ihn gestellten Anfragen zum Theil beantwortet und als die Aufgabe der Regierung die Förderung der volks- wirtschaftlichen Interessen des Reiches betont wor- den, wurde das Budget des Ministeriums des Auswärtigen ohne weitere Debatte nach dem Antrage des Aus- schusses genehmigt.

Paris, 4. November. Nach weiter eingegan- genen Nachrichten sind heute ferner in Mont Mar- san und Grenoble die Kapuziner, in Vannat und Chateauroux die Redemptoristen, in Nancy, Tours und La Blachere die Oblaten und in Angoulême die Missionen ausgewiesen worden. Mehrere Pro- kuratoren haben ihre Entlassung gegeben. Ueberall wurde passiver Widerstand geleistet, die Thüren der Ordenshäuser mußten gewaltsam geöffnet werden. An mehreren Orten war die Polizei genöthigt, be- hufs Deffnung der Thüren Sappuren vom Militär zu requiriren.

Paris, 4. November. Der Konflikt-Ge- richtshof hat das gegen die Führung des Vorsthes durch den Justizminister Cajot eingereichte Reklama- tionsgesuch verworfen.

In Angers wurden heute die Mitglieder des Ordens vom heiligen Sakrament und die Kapuziner ausgewiesen, der Bischof begab sich mit den Kapu- zinern hinweg. Ferner wurden in St. Etienne, in Cahors und in Besancon die Kapuziner, in Havre und in Poitiers die Dominikaner, in Valence die Redemptoristen, in Autun und Severs die Oblaten, in Orleans die Missionen, in St. Andelain und Nantes die Remontes und in Bourges die Fran- ziskaner ausgewiesen. Ueberall mußten die Thüren gewaltsam geöffnet werden, überall fanden lebhafteste Proteste statt; an mehreren Orten waren die aus- führenden Beamten genöthigt, an dem Ordenshäu- sern Leitern anzulegen und durch die Fenster zu rei- gen. In Dijon richtete der erste Präsident an den mit der Ausweisung der Dominikaner beauftragten Polizeikommissar die Frage, auf Grund welcher Be- fehle er handele? Der Polizeikommissar zeigte den ihm von der Präfektur erteilten Befehl vor, wei- gerte sich aber, die Namen der Schlosser und Mau- rer mitzutheilen, die er bei Ausführung seines Be- fehls gebraucht hatte.

London, 4. November. Dem Vernehmen nach findet Anfang nächster Woche eine Sitzung des Ra- bimetraraths statt.

Newyork, 4. November. Die mit der Wahl der Delegirten zur Präsidentenwahl verbundene po- litische Erregtheit hat sich vollständig gelegt. Die südpatriotischen Journale acceptiren das Resultat der Wahl, sprechen aber heftige Tadel gegen die demo- kratischen Führer über die wenig geschickte Leitung des Wahlkampfes aus. Einige südpatriotische Jour- nale geben der Erwartung Ausdruck, daß die Ad- ministrations Garfield's eine gerechte und billige sein und die im Süden noch bestehenden Spaltungen zu beseitigen suchen werde.

Der Schatzsekretär Sherman hat gestern ein für den Ankauf amerikanischer Obligationen ihm ge- macht Gebot abgelehnt.